Wiener Stadt-Bibliothek.
3146 B
1853

Administrations-Bericht

des

Wiener Bürgermeisters

Dr. Joh. Kasp. Ritter von Seiller,

vorgetragen

bei

Gelegenheit der feierlichen Eröffnung

des

neuen Raths-Saales

in der

Sitzung des Gemeinderathes

am 10. Februar 1853.

Wien, 1853.

Gedruckt bei den Edlen v. Ghelen'schen Erben.

Bibliothek
der
Technischen Hochschule
in
Wien

Meine Herren!

Ich begrüße Sie heute das erste Mal in dem Saale, dessen Errichtung Sie in der Sitzung vom 18. Februar 1851 nach einem Ihnen vom Gemeinderathe Herrn Architekten Fellner vorgelegten Projecte einstimmig beschlossen haben.

Dieser Beschluß wurde hervorgerufen durch die von Sr. Majestät unserem gnädigsten Kaiser der Stadt Wien verliehene prov. Gemeindeordnung, um für die Vertreter und Repräsentanten der Reichshaupt- und Residenzstadt ein derselben würdiges Berathungslokale herzustellen.

Wenn durch die seither eingetretenen Verhältnisse nach der Allerhöchsten Anordnung Sr. k. k. apostol. Majestät auch eine Revision unserer Gemeindeordnung nothwendig geworden ist, so dürfen wir doch die beruhigende Hoffnung nähren, daß Se. Majestät der Stadt Wien jene Institutionen gnädigst zu verleihen geruhen werde, welche für das Wohl und Gedeihen der Residenzstadt als förderlich, und mit der im Zuge befindlichen Organisation der Verwaltungsbehörden vereinbarlich erkannt werden.

Durchdrungen von dem unerschütterlichen Vertrauen in die Weisheit und Hochherzigkeit der Allerhöchsten Anordnungen, deren segensreiche Wirksamkeit die Reichshauptstadt schon so vielmal dankbar zu erkennen Gelegenheit hatte, — werden wir auch in dem Statute, das uns in Aussicht gestellt ist, neuerdings einen Anlaß finden, unsere vollste Dankbarkeit für jene Huld und Gnade, welche Se. Majestät seit Allerhöchst Seinem Regierungsantritte Seiner Residenzstadt stets angedeihen ließen, dadurch zu äußern, daß wir in unbedingter und treuer Hingebung an den Thron wetteifernd — bereit sind, jederzeit Gut und Blut unserem Kaiser und dem Vaterlande zu weihen.

Ich bin überzeugt, daß ich nur Ihre Gesinnung ausspreche, wenn ich in diesen Räumen, deren schönste Zierde das Bild unseres erhabenen Monarchen ist, vor Allem aus voller Brust und tiefster Seele ein dreifaches Hoch unserem gnädigsten Kaiser und Herrn ausbringe. —

Als Ihnen meine Herren das Project des Herrn Fellner zuerst vorgelegt wurde, dürfte in so Manchem — in Berücksichtigung der beschränkten Räumlichkeiten des Hauses und anderer technischer Hindernisse — Zweifel über die Ausführbarkeit desselben rege geworden sein. — Wie Herr Fellner dieselben gelöst, dafür liefert Ihnen das nun vollendete Werk, das er im Vereine mit den ausgezeichnetsten Künstlern unserer Stadt — denen die vollste Anerkennung gezollt werden muß — ausgeführt, den sprechendsten Beweis. — Es gibt ihm das glänzendste Zeugniß seines Künstler-Talentes — seines Geschmackes — und seiner Ausharrung; — er hat sich dadurch ein bleibendes Denkmahl gegründet, und ich handle gewiß in Ihrem Sinne, wenn ich Herrn Fellner im Namen des Gemeinderathes für diesen mit aller Uneigennützigkeit und mancher Aufopferung der Kommune geleisteten Dienst den vollsten — wärmsten Dank ausspreche.

Endlich meine Herren kann ich nicht umhin, die Bedeutung des von Ihnen zur Eröffnung dieses Saales gewünschten Tages — in Bezug auf mich selbst — zu berühren.

Zwei Jahre sind es heute, daß ich den Eid in die Hände des Herrn Statthalters ablegte, und mein gegenwärtiges Amt angetreten habe; — mein unverrücktes Bestreben ist es gewesen, diesem Eide getreu die von mir übernommenen, mitunter schwierigen Verpflichtungen treu und redlich nach meinem besten Wissen und Gewissen zu erfüllen. Haben die Erfolge mit meinem aufrichtigen, unablässigen Bestrebungen nicht gleichen Schritt gehalten, so mögen Sie und meine Mitbürger mir Ihre Nachsicht nicht versagen und eine Entschuldigung in dem Unzureichenden aller menschlichen Kräfte finden.

Nehmen zugleich aber auch Sie und alle meine geehrten Mitbürger meinen tiefgefühlten Dank für die allseitig mir gewordene Unterstützung in der Verwaltung meines Amtes — und

entziehen Sie mir dieselbe auch nicht in dem von mir nun angetretenen dritten, und nach dem jetzt bestehenden Gesetze letzten Jahre meiner Amtswirksamkeit. — Das Zeugniß meiner Mitbürger — redlich für das Wohl der Stadt Wien gewirkt zu haben — soll und wird stets der schönste Lohn für meine Bemühungen bleiben. —

Schlüßlich glaube ich meine Herren, daß der heutige Tag, an welchem wir uns zum ersten Male in diesem, für die Versammlungen der Gemeinde-Repräsentanz bestimmten Saale einfinden, auch vorzüglich dazu geeignet sei, die Hauptmomente in der Kommunal-Verwaltung der letzten zwei Jahre, während welcher Zeit Sie derselben Ihre Thätigkeit gewidmet haben, an Ihrem Gedächtnisse vorüber zu führen.

Ich habe eine ähnliche Uebersicht der wichtigsten Administrations-Ergebnisse — und zwar für die Periode der zwei Jahre 1849 und 1850 — im November des letzten Jahres bei der Gelegenheit mitgetheilt, als sich die im Jahre 1848 gewählte und durch die prov. Gemeindeordnung vom 9. März 1850 aufgelöste Kommunal-Vertretung am 16. November 1850 zu ihrer letzten Berathung versammelt hatte.

Seit jener Zeit ist abermals eine Frist von zwei Jahren verflossen, während welcher die Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten in die Hände der gegenwärtig bestehenden Korporation gelegt war.

Ich knüpfe in meiner heutigen Uebersicht unmittelbar an jene Periode an, mit welcher mein erwähnter Vortrag vom November 1850 abgeschlossen hatte und werde in derselben Folge, in welcher die Geschäftsvertheilung unter die einzelnen Sectionen des Gemeinderathes stattfindet, auch die Hauptmomente unserer zweijährigen Geschäftsverwaltung aneinanderreihen. —

I. Section.

Allgemeine Organisations-, Rechts- und Dienstangelegenheiten.

In diese Zeitepoche fällt vor Allen andern, das von dem Gemeinderathe erlassene organische Statut für den Magistrat der

Stadt Wien und die in Folge dessen durchgeführte Besetzung des Raths- und gesammten Conceptspersonales; die Regulirung und Organisirung sämmtlicher Aemter des Magistrats und zwar: der Registratur, des Expedits und des Einreichungs-Protokolles, des Zustellungsgeschäftes und der dazu gehörigen Dienerschaft; ferner des Konskriptions- und Einquartierungs-Amtes, der Buchhaltung, des Steueramtes, des Oberkammeramtes, mit welchem das Taxamt vereinigt wurde, des Zimentirungsamtes, sämmtlicher Versorgungshaus-Verwaltungen, endlich des Markt-Kommissariates und der Schlachthaus-Direktionen sammt dem denselben zugewiesenen Schlachtbrückenaufsehern und sonstigem Hauspersonale. —

Diese Regulirung erschien um so nothwendiger, als der Besoldungsstatus der Magistratsbeamten seit dem Jahre 1809, der Personalstand aber — einige Modifikationen abgerechnet — seit dem Jahre 1819 einer durchgreifenden Reorganisirung nicht mehr unterzogen worden war, ungeachtet seit dieser Zeit die Bevölkerung beinahe auf das Doppelte, die Geschäftsvermehrung aber in einem noch größeren Verhältnisse gestiegen ist, da durch das Erlöschen der früher bestandenen Dominien die Geschäfte von fünf Vorstadtbezirken mit beiläufig 96000 Seelen — an den Magistrat übergegangen sind.

Es wurde daher der Personalstand der Aemter im Verhältnisse zur erforderlichen Arbeitskraft neu bestimmt, die Bezüge der einzelnen Beamten, die Ansprüche auf Quartiergelder oder Naturalquartiere und Diäten regulirt und die neu sistemisirten Stellen theils durch die bereits erprobten früheren Kommunalbeamten theils im Konkurswege besetzt.

II.

Innere Gemeindeangelegenheiten; Handel und Gewerbe.

Den wichtigsten Gegenstand dieser Section bildete die Durchführung der Centralisirung der Vorstadtgemeinden mit der Stadtgemeinde.

Hiezu mußten mit umfassender Berücksichtigung der bestehenden Verhältnisse solche Verfügungen getroffen werden, die geeignet

waren, theils das Besitzthum der Gemeinden, die mit demselben und mit ihrer bisherigen Verfassung verbundenen Rechte sicherzustellen, theils aber auch den Weg zu bahnen und die Mittel vorzubereiten, auf welchem und mit welchen die Wirksamkeit der Bezirksverwaltungen effektuirt werden könnte.

Allein während vom Gemeinderathe die nöthigen Direktiven und Modalitäten festgesetzt und an die Gemeinden hiernach die bestimmten Weisungen erlassen worden sind, haben Se. k. k. apost. Majestät mit Allerhöchster Entschließung vom 21. Dezember 1851 die Sistirung dieser Bezirksausschüsse, jedoch die Centralisirung des gesammten Gemeindevermögens anzubefehlen geruht.

Letztere ist in den ersten Monaten des Jahres 1852 bei den sämmtlichen Gemeinden in Vollzug gesetzt worden und fast alle Gemeindevorstände haben in richtiger Auffassung des Zweckes und der damit verbundenen Vortheile der Gemeindeglieder mit lobenswerthem Eifer und unbefangener Bereitwilligkeit zur Erreichung dieses Zieles wesentlich beigetragen.

In Folge dieser Vermögens-Vereinigung werden seit dem Jahre 1852 alle Zuflüsse, welche früher unter einer lässigen und beschwerlichen Verrechnung von den Gemeinden eingehoben worden sind, unmittelbar der städtischen Hauptkasse zugeführt, aus welcher daher auch die sämmtlichen Gemeindebedürfnisse bestritten werden. Die Gemeinden erleiden dadurch in der Handhabung der gewöhnlichen kleineren polizeilichen Vorkehrungen nicht den geringsten Abbruch, da den Gemeinde-Vorständen hierzu hinreichende Geldvorschüsse erfolgt werden, worüber sie periodische Rechnung zu legen haben. —

In dieser Geschäftsabtheilung trat ferner noch insbesonders die Regulirung des Konscriptions- und Einquartierungswesens in den Vordergrund.

Nachdem das Konskriptionsamt mit Inbegriff des demselben einverleibten Todtenbeschreibamtes mit einem genügenden Personal-Status neu organisirt worden war, ist auch eine neue, dem gegenwärtigen Bedürfnisse entsprechende Vertheilung der Konskriptionssektionen getroffen und vorzüglich die Zusammen-

stellung und Evidenzhaltung der Gemeindematrikel in Angriff genommen worden.

Letztere erheischet in ihrer ersten Anlage eine aufmerksame und umständliche Prüfung und Sichtung sämmtlicher vorliegenden Konskriptions-Familien-Aufnahmsbögen und ist im Laufe des Jahres 1852 bereits so weit gediehen, daß deren gänzliche Beendigung bis zur nächsten Konskriptions-Revision zuversichtlich erreicht sein wird. —

Damit die Umlegung der Einquartierung künftighin auf eine zweckmäßigere und für die dazu verpflichteten Hausbesitzer minder belästigende Art geschehe, wurde beschlossen: die Einquartierungsgeschäfte der Stadt und sämmtlicher Vorstädte zu konzentriren und zur Besorgung dieser Geschäfte ein, mit dem Konskriptionsamte vereintes unter die Oberaufsicht des Konskriptionsamts-Direktors gestelltes besonderes Departement mit einem Direktions-Adjunkten als unmittelbaren speziellen Leiter zu organisiren, welches auch bereits am 1. November 1852 seine Wirksamkeit begonnen hat.

Zur Erzielung eines regelmäßigeren und gleichförmigen Verfahrens bei der Vertheilung der Militär-Bequartierungen, zur Verminderung und genauesten Kontrollirung der hiermit verbundenen Auslagen aber — wurde beschlossen, daß die Militär-Bequartierung als eine Gesammt-Schuldigkeit der, zur Leistung derselben verpflichteten Hausbesitzer auf Grundlage der Hauszinserträgnisse behandelt und von dem städtischen Einquartierungs-Departement unter Kontrolle der Buchhaltung durchgeführt werden sollen. —

Die zu bequartierende Militär-Mannschaft wird in der Regel in den Lokalitäten jener Gastwirthe oder sonstigen Unternehmer untergebracht werden, mit welchen zu diesem Behufe sowohl über den Fassungsraum, als die tägliche Kostengebühr ein Uebereinkommen getroffen worden ist.

Dieses neue Verfahren bewährte sich bisher als zweckmäßig und es ist daher auch zu erwarten, daß bei gewöhnlichen Zeitverhältnissen, die mit diesen Einrichtungen beabsichtigten Zwecke erreicht werden können. —

Die Regulirung der Vorspannsleistungen, einer ebenso wichtigen Gemeinde-Angelegenheit, ist noch im Zuge und dürfte spätestens mit Anfang des zweiten Semesters des l. J. beendiget sein. —

In dieser Sektion ist ferner auch das Gewerbswesen aufgeführt.

Obwohl dasselbe in den vom Staate übertragenen Wirkungskreis des Magistrats gehört, so erachte ich es doch von Interesse, Ihnen im Allgemeinen die wichtigeren Verhandlungen der betreffenden Departements anzudeuten.

Diese haben im Kommerz-Departement hauptsächlich die Regulirung des Agentenwesens zum Gegenstande gehabt, worüber aber bis jetzt erst die Entscheidung in Ansehung der reisenden Agenten erfolgt ist.

Dann wurden in demselben Departement Ausarbeitungen geliefert über die Regulirung des Jahrmarktwesens, über die Beschränkung der sogenannten Ausverkäufe, über die Zulässigkeit der Agentie für Auswanderer, über die Regelung des Lizitationswesens; ferner über verschiedene Projekte, worunter die wegen Errichtung eines allgemeinen Auktions-Institutes, einer Zentral-Halle für Weinkultur und Weinhandel, der General-Agentie der österr. Eisen-Industriellen und endlich einer Universal-Waren-Muster-Halle genannt zu werden verdienen.

Ueber diese eben genannten Angelegenheiten wird die höhere Entscheidung noch erwartet. —

Auch wurde vielfach über die Frage verhandelt, wie es bei der neuen Eintheilung des hiesigen Gemeindegebiethes mit der Gewerbsverleihung in Absicht auf den Standpunkt der Gewerbe gehalten werden solle.

Endlich wurde noch auf Grund der von vielen hiesigen Innungen eingebrachten Gesuche um baldige Regelung ihrer gewerblichen Verhältnisse und um nähere Würdigung der darin in Antrag gebrachten Verbesserungsvorschläge — eine Zusammenstellung und Bearbeitung der Grundzüge zur Regulirung des österr. Gewerbswesens mit besonderer Rücksicht auf diese Reichshaupt- und Residenzstadt und die größeren Fabriks- und Handelsstädte der Monarchie verfaßt und es ist dieselbe der hohen Statthalterei zur gutächtlichen Einbegleitung an das hohe k. k. Handelsministerium und zur allfälligen Benützung bei der Konstituirung eines neuen Gewerbsgesetzes vorgelegt worden. —

Hier füge ich auch noch die Bemerkung bei, daß im Verlaufe der letzten zwei Jahre 414 Bewerber das Bürgerrecht erhalten haben, und 1802 in den Gemeindeverband aufgenommen worden sind; die Zusicherung der Aufnahme im Falle der erlangten Reichsbürgerschaft erhielten 431. —

III.

Unterricht und Cultus.

Der Zudrang, welcher sich in den letzten Jahren zu den Schulen fast allgemein gezeigt hat und die Wahrnehmung, daß in den dazu bestimmten Lokalitäten sich sehr häufig bedeutende Gebrechen vorfinden, hat die Nothwendigkeit herbeigeführt, daß in den meisten Schulen Erweiterungen stattfinden mußten, deren Ausführung nur mit einem großen Kostenaufwande durch Zumiethung neuer Ubikationen, Umstaltung von Lehrerswohnungen zu Lehrzimmern u. dgl. möglich gewesen ist.

In dieser Beziehung wurden namentlich für die Pfarrschulen am Schottenfelde und auf der Landstraße entsprechende neue Lokalitäten ausgemittelt und mit einem bedeutend vergrößerten Kostenaufwande in Miethe genommen.

Ein wesentliches Bedürfniß der Erweiterung der Schullokalitäten hat sich vorzüglich aus Sittlichkeitsrücksichten durch die Trennung der Geschlechter herausgestellt.

Dieser Umstand, die zunehmende Schülerzahl überhaupt — dann die in fortwährender Vermehrung aufsteigende Bevölkerung begründeten auch die Nothwendigkeit zur Errichtung von zwei neuen Schulen und zwar der Mädchenschule bei der Patronats-Pfarre zu St. Leopold in der Leopoldstadt, dann einer Knabenschule auf der Wieden am Johannitergrunde, erstere ganz allein auf Kosten der Kommune, letztere unter der Mitkonkurrenz des k. k. n. ö. Religionsfondes als Patron.

Zu gleichem Zwecke ist auch noch der Bau eines neuen Schulhauses am Rennwege beschlossen und sind zwei Bauplätze hiezu angekauft worden. — Für den Bau derselben wurden 48000 fl. präliminirt.

Ferner hat die Kommune die Schulen in der Brigittenau und zwischen den Brücken sammt allen damit verbundenen Lasten neu übernommen. —

Auch der Drang nach höherer technischer Ausbildung verbreitete sich in der letzteren Zeit immer mehr und mehr, so zwar, daß die bereits bestehenden zwei Realschulen und vierten Klassen nicht mehr hinreichten, die sich meldenden Schüler für den Unterricht aufzunehmen.

Dieß bestimmte den Gemeinderath die Errichtung neuer Unterrealschulen in der Leopoldstadt, in Gumpendorf und auf der Wieden zu beschließen, und in letzterem Bezirke zugleich die für eine Oberrealschule nöthigen Räumlichkeiten herzustellen, wenn die h. Staatsverwaltung sich zur Errichtung derselben geneigt finden würde.

Zur Errichtung dieser Real-Schulen in den beiden letztgenannten Bezirken sind bereits 110.000 fl. sichergestellt. —

Welche Fürsorge die Kommune den Unterrichtszwecken im Allgemeinen zuwendet, kann am besten aus der vergleichenden Zusammenstellung des Erfordernisses der letzten drei Jahre entnommen werden.

Im Jahre 1851 machten die Schul- und Kirchenauslagen zusammen einen Aufwand von 176.000 fl. erforderlich, im Jahre 1852 stiegen die Schulauslagen allein auf die Summe von 183.000 fl. und sind für 1853 mit 185.432 fl. präliminirt.

IV.

Oeffentliche Sicherheit, Vereins- und Sanitätswesen.

In dieser Abtheilung muß ich Ihre Erinnerung hinlenken auf die außerordentliche Ueberschwemmung des Wienflusses, welche die Kommune am 18. Mai 1851 betroffen hat und durch welche alle Ufer dieses Flusses zerrissen und alle Brücken desselben mit Ausnahme von nur dreien gänzlich zerstört worden sind. Es wurde damals die möglichst schnelle Herstellung der unterbrochenen Kommunikationen mit außerordentlichem Kraft-

aufwande bewirkt, und ebenso die Wiederbefestigung der Ufer ungeachtet der bald darauf wiederholt eingetretenen Hochwässer dennoch in möglichst kurzer Zeit bewerkstelligt.

Diese Kalamität hat übrigens eine bedeutende Erhöhung der für die Ueberschwemmungs-Vorkehrungen und die Brückenerhaltung bestimmten Ausgabs-Posten zur Folge gehabt. Während sonst alljährlich für jede dieser beiden Positionen nur eine Summe von beiläufig 10,000 fl., mithin für Beide in einem zweijährigen Zeitraume 40,000 fl. veranschlagt wurden, haben in Folge des oben erwähnten Elementar-Ereignisses die Auslagen für die Ueberschwemmungs-Vorkehrungen im Laufe der letzten zwei Jahre, dann für die Herstellung der Brücken und Wege über den Wienfluß und der Ufer desselben die außerordentliche Höhe von 156,870 fl. erreicht.

Es ist ferner noch zu erwähnen, daß durch energisches Einschreiten die so arg überhandgenommene Verunreinigung der öffentlichen Straßen abgestellt wurde, und die Verhandlung wegen Vermehrung der öffentlichen Anstalten in dieser Hinsicht demnächst beendiget sein wird.

Die im Frühjahre 1850 begonnene Einwölbung des Schmidgrabens am Althan, die Herstellung einer neuen Straße daselbst, dann die Entfernung der dortigen sanitätswidrigen Uebelstände, welche durch eine zehnjährige Verhandlung bisher vergebens versucht worden war, ist durch die bewirkte Ableitung des Döblingerbaches außer den Linien endlich in erwünschter Weise mit einem Kostenaufwande von 10.180 fl. bewirkt worden.

Auch wurde das Stadtbauamt beauftragt, sich mit Ermittlung eines Platzes zur Errichtung eines allgemeinen Volksbades in der oberen Gegend des Donaukanales zu beschäftigen.

Die Anträge zur Regulirung der städtischen Feuerlöschanstalt sind bei der hohen Statthalterei bereits im Sommer v. J. kommissionell berathen worden und es wird den dießfälligen höheren Bestimmungen entgegen gesehen; inzwischen ist aber unausgesetzt darauf Bedacht genommen worden, dieses so wichtige Institut möglichst zu verbessern. In dieser Absicht sind nicht nur das Löschpersonale und die Löschgeräthschaften vermehrt,

sondern bezüglich der Letzteren auch alle neueren Erfindungen benützt worden, welche nach den hiesigen Lokalverhältnissen anwendbar erschienen.

Das Erscheinen einer neuen Strompolizei-Ordnung, welche bei der k. k. Statthalterei berathen wurde, ist zu gewärtigen.

Noch ist zu erwähnen, daß die Regulirung der städtischen Zwangs- und Besserungsanstalt bereits so weit gediehen ist, um nächstens die Besetzung der Oberbeamtensstelle vornehmen zu können, nach welcher dann die Reorganisirung dieser Anstalt unbehindert bis zu Ende geführt werden kann.

Auch die Regulirung des Lokal-Sanitätswesens — ein Gegenstand umfassender und wichtiger Verhandlungen — ist seiner Vollendung nahe; als eine verwandte Angelegenheit bemerke ich, daß die Erweiterung des Matzleinsdorfer Friedhofes, welche sich als dringend nothwendig herausgestellt hat, bereits in Ausführung gebracht und für den dazu nöthigen Grundankauf ein Kapital von beiläufig 7600 fl. erforderlich wird. —

Mehrere Leichenvereine, darunter namentlich der Rennweger- und Mariahilfer-Verein sind theils durch die nicht ganz statutenmäßige Vermögens-Verwaltung, theils durch unzeitige Nachgiebigkeit gegen die Vereinssammler bereits nahe daran gewesen, die Auszahlung der statutenmäßigen Leichenbeträge gänzlich einzustellen und hiedurch den Anlaß zu unliebsamen Auftritten herbeizuführen.

Dieß wäre von Seite des Mariahilfer-Leichenvereins ganz gewiß erfolgt, wenn er nicht aus seiner bedrängnißvollen Geldverlegenheit gerissen und wieder in zahlungsfähigen Stand versetzt worden wäre.

Zur Hintanhaltung der dießfälligen Unregelmäßigkeiten sind von dem Magistrate Controllsmaßregeln festgesetzt worden, welche auch die Genehmigung der hohen Statthalterei erhielten, und es dürfte hierdurch ferneren Unordnungen und Beschwerden ein Damm gesetzt sein.

Auch kann ich die Liquidirung des sogenannten Engländer-Vereins nicht mit Stillschweigen übergehen, welche mit Ende des Jahres 1850 durch den Magistrat zu Stande gebracht worden ist.

Dieser Verein hatte durch seine verworrene, jeder geregelten Verbuchung ermangelnde Geschäftsführung und leichtsinnige Vermögensgebahrung während seines durch kaum zehn Monate gefristeten Bestandes sich in ein Obligo von nahe 100.000 fl. C. M. versetzt, und es mußte mit seinen mehr als 12.000 Mitgliedern eine begütigende Ausgleichung getroffen werden, wodurch dessen Passiven sich auch wirklich um 45.600 fl. vermindert haben. —

Zur Vorsorge für die Sicherheit des Lebens gehört auch die Erweiterung der Kommunikationen, welche nicht minder auch die Gesundheitszustände durch die Erleichterung des Zutritts von Licht und Luft, zu fördern vermag.

Was in dieser Beziehung von Seite der Kommunal-Verwaltung geschehen ist, werde ich in der Finanzabtheilung meines Vortrages, in welcher die dafür verausgabten Summen aufgeführt werden, näher bezeichnen und dabei auch einige andere die Sicherheit des Lebens betreffende Anstalten, darunter namentlich die Beleuchtung — zu berühren, Gelegenheit nehmen.

V.

Armenwesen und Humanitäts-Anstalten.

Die gesteigerten Preise der Lebensbedürfnisse und der in Folge der gegenwärtigen Zeitverhältnisse eingerissene Nothstand haben eine bedeutende Erhöhung der Verpflegsgebühr der einzelnen Pfründner zur Nothwendigkeit gemacht. Nicht minder mußte auch dafür Sorge getragen werden, daß die Pfründner in den städtischen Versorgungs-Häusern — trotz der eingetretenen Theuerungsverhältnisse in ihrer seit Jahren gewohnten täglichen Kost, weder hinsichtlich der Quantität noch der Qualität verkürzt wurden, was nur durch namhafte den Traiteurs geleistete Aufzahlungen bewirkt werden konnte.

Dadurch wurde natürlicher Weise eine verhältnißmäßige und bleibende Vermehrung dieses Ausgabspostens herbeigeführt, daher auch eine Unterstützung des Armenfondes durch die Betheiligung der Privatwohlthätigkeit jetzt wünschenswerther und nothwendiger erscheint, als zu irgend einem anderen Zeitpunkte.

Leider ist es bisher noch immer nicht gelungen, der so nach-

theiligen Zersplitterung der Unterstützungen und Geldaushilfen durch einzelne Private und Vereine erfolgreich entgegenzuwirken, sämmtliche wohlthätige Gaben in den allgemeinen Versorgungsfond zu leiten, die Vertheilung derselben durch die seit mehr als 70 Jahre bestehende und erprobte Armenpflege allein geschehen zu lassen und dieselbe dadurch nicht nur in den Stand zu setzen, die oftmals nur scheinbaren oder vorgegebenen Bedürfnisse auf ihr richtiges Maß zurückzuführen, sondern auch eine geregelte Gebahrung und Kontrolle theils für die Wohlthäter, theils bezüglich der Armen möglich zu machen. —

Die Anzahl jener Armen, welche in Folge ihres hohen Alters oder wegen sonstiger körperlicher oder geistiger Gebrechen der gänzlichen Versorgung bedürftig sind, belief sich früher regelmäßig auf 2000 bis 2200 Pfründner.

Die Anzahl derselben hat aber in der letzten Zeit bedeutend zugenommen, und dadurch die Nothwendigkeit hervorgerufen, das nächst der freiwilligen Arbeitsanstalt am Alserbach neu aufgeführte Gebäude, eigentlich den Theil des Ganzen, welcher bereits zur Benützung geeignet ist, gegen seine ursprüngliche Bestimmung zu einem Versorgungshause zu verwenden. — Dieses neue Versorgungshaus ist mit einem Kostenaufwande von ungefähr 250.000 fl. hergestellt worden und biethet einen Belegraum für 600 bis 700 Pfründner dar. —

Es darf sich in Betreff dieses Administrationszweiges wohl der beruhigenden Ueberzeugung hingegeben werden, daß — ohne den wahrhaft Armen die wirklich benöthigte Hilfe und Unterstützung zu schmälern oder zu entziehen, doch mit aller Rücksicht und Schonung auf die bedrängte Lage des allgemeinen Versorgungsfondes vorgegangen und hiebei stets die Betrachtung im Auge behalten wird, daß, wenn auch alle aus verschiedenen Gründen entstandenen, die gleiche Tendenz verfolgenden Vereine nach und nach sich auflösen, — der allgemeine Versorgungsfond fortan bestehen und zahlungsfähig erhalten werden muß.

Daß dieses Resultat erreicht werden kann, ist vor Allem den Herren Armen-Instituts-Vorstehern und insbeson-

ders den mit der Leitung des Armenwesens in ihrem Pfarrbezirke betrauten hochwürdigen Herren Pfarrern zu verdanken, die sämmtlich dieses mühevolle und schwierige Amt seit einer Reihe von Jahren unentgeldlich, fast unbemerkt und ohne alles Aufsehen zum Wohle der Armen und zur allgemeinen Zufriedenheit begleiten und sich längst der öffentlichen Anerkennung würdig gemacht haben.

Welche Opfer übrigens die Kommune dem Armenwesen zur Unterstützung von mehr als 20.000 Gemeindeangehörigen alljährlich bringt, kann daraus entnommen werden, daß die Gemeinde diesem Zwecke außer den dem Versorgungsfonde zufließenden regelmäßigen Einnahmen im Verlaufe der letzten sechs Jahre eine Summe von 1.038.000 fl. aus den eigenen Geldern gewidmet hat. —

Zur Erhöhung der Revenüen des Bürgerspitalsfondes ist durch eine aus Ihrer Mitte gewählte Commission eine den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechende Regulirung der Miethzinse in sämmtlichen diesem Fonde gehörigen Häusern durchgeführt worden, wodurch sich das Erträgniß derselben um 23.000 fl. höher gestellt hat.

Dadurch ist es möglich geworden, daß bereits vom 1. November v. J. an 1900 Pfründner, welche aus diesem Fonde unterstützt werden, mit höheren Monatsbeträgen betheilt werden konnten. —

Hier muß ich noch den Stand der beiden vom Gemeinderathe gegründeten und verwalteten Stiftungen zu Ihrer Kenntniß bringen.

Der Radetzky-Invaliden-Stiftungsfond besitzt gegenwärtig ein Kapital von 135.920 fl. mit einem jährlichen Interessenbezuge von 6500 fl., welcher zur Dotirung von 160 Stiftplätzen hinreicht, die auch besetzt sind.

Das Kapital der Bürgermeister-Stipendien-Stiftung beträgt 19.010 fl., dessen Interessenbezug 870 fl.; damit können 8 Stiftplätze dotirt werden, wovon gegenwärtig 6 besetzt sind.

VI.

Bauwesen und technische Arbeiten.

Schon seit mehreren Jahren wurde die dringende Nothwendigkeit anerkannt, die obere Nußdorfer Hauptstraße, eine der belebtesten Passagen Wiens, zu reguliren und zu pflastern. Ungeachtet dieser Regulirung erhebliche Schwierigkeiten im Wege standen, wurde dieselbe dennoch im verflossenen Sommer mit einem Kostenaufwande von 65.000 fl. ausgeführt, so daß diese Hauptpassage nunmehr allen Anforderungen der Bequemlichkeit und Sicherheit entspricht. — Im Zusammenhange mit dieser Hauptstraße wurden gleichzeitig auch alle Nebengassen derselben am Thury und Himmelpfortgrund, nachdem zuvor die dortigen Kommunal-Unrathskanäle erbaut worden waren, abgegraben und derart regulirt, daß dieselben mit der neu regulirten Hauptstraße ein vollkommenes Ganze bilden.

Nicht minder wurden auch in den übrigen Gemeindebezirken kostspielige größere Pflasterungen und Kanalbauten ausgeführt, für die im verflossenen Jahre allein ein Aufwand von beiläufig 213.000 fl. gemacht worden ist. Hievon sind besonders erwähnenswerth die Würfelpflasterung in Mariahilf in der Siebensterngasse, des Kirchenplatzes daselbst, des Karmeliterplatzes in der Leopoldstadt und noch mehrere größere Pflasternngen auf der Wieden, Landstraße, in der Josephstadt, Alservorstadt und zum Theile auch in der Rossau.

Die Regulirung des Stephansplatzes — vorzüglich auf der Seite gegen das Churgebäude — über welche die Verhandlung seit dem Jahre 1846 anhängig war, ist endlich im verflossenen Jahre zu einer günstigen Lösung gediehen, in Folge deren der Stephansplatz neu regulirt und mit Granitwürfeln gepflastert wurde. Die dafür gemachte Auslage betrug 13.800 fl.

Auch darf die im verflossenen Jahre bewerkstelligte Erweiterung, Regulirung und Pflasterung der Breitengasse am Spittelberg nach Beseitigung des in der Mitte jener Gasse gestandenen unproportionirten Bassins als eine wesentliche Verbesserung berührt werden.

Ferner sind bereits die nöthigen Einleitungen getroffen, um die

so dringende Erweiterung der nur 1° 5′ 9″ breiten Burggasse am Spittelberg baldigst zu ermöglichen.

Endlich ist im Gemeindebezirke Wieden die vollständige Eröffnung der Adlergasse, sowie deren Pflasterung, dann die Eröffnung der Waltergasse als einer Fortsetzung der Karoly-Gasse bis zur Favoritenstraße im verflossenen Jahre zu Stande gebracht worden. —

Rücksichtlich der Kanalbauführungen müssen insbesonders der großartige und mit vielen Schwierigkeiten verbundene Bau eines städtischen Hauptunrathkanals in der Franzensbrücken-Alleegasse in der Leopoldstadt, so wie jener im Tiefen Graben und in der Strauchgasse in der inneren Stadt angeführt werden, welche in dem verflossenen Jahre vollendet wurden. Ersterer machte einen Kostenaufwand von 27.970 fl., Letzterer von 19.066 fl. erforderlich. Von Bedeutung waren auch noch die Kanalbauten in der Neugasse im Altlerchenfeld, in der Leopoldstadt und in der Sperlgasse daselbst.

Was das Bauwesen der Kommune betrifft, so ist in dieser Beziehung gewiß das Mögliche geleistet worden.

Bei dem Baue der steinernen Kärnthnerthor-Wienflußbrücke sind ein Land- und die beiden Mittelpfeiler bereits vollständig hergestellt und es wird der letzte Landpfeiler in wenigen Monaten zur Vollendung kommen, so daß im Laufe des heurigen Jahres der Herstellung des ganzen großartigen Brückenbaues mit Sicherheit entgegengesehen werden kann.

Ebenso ist der Bau einer stabilen eisernen Brücke über den Wienfluß zu Gumpendorf nach dem Neville'schen Systeme in der Ausführung begriffen.

Nach dem dermaligem Stande des Baues wird auch diese höchst nothwendige Brücke im Laufe des heurigen Sommers der öffentlichen Benützung übergeben werden können.

Für den Bau einer steinernen Bogenbrücke über den Wienfluß bei dem Vorstadtgrunde Weißgärber ist das Projekt des Bau-Inspektors Herrn Maack in Hamburg, von Fachmännern als das Gelungenste erkannt, und der Bau dieser Brücke dem hiesigen Baumeister Kledus in Generalpacht

überlassen worden, welcher diesen Bau bereits in Angriff genommen hat.

Die Stadtgrabenbrücke vor dem alten Kärntnerthore, welche schon im hohen Grade schadhaft war, ist im abgelaufenen Sommer gänzlich abgetragen und mit einem Kostenaufwande von 12.860 fl. ganz neu hergestellt worden.

Ferner ist der Bau und die Adaptirung des neuen Gebäudes nächst der freiwilligen Beschäftigungs-Anstalt am Alserbach zu einem Versorgungshause im abgelaufenen Jahre so weit beendet worden, daß es gegenwärtig seiner neuen Bestimmung zu Folge, auch schon mit Pfründnern belegt werden konnte.

Auch ist auf die Ausführung monumentaler Bauten im verflossenen Jahre gehörig Bedacht genommen worden.

Das geschichtliche Baudenkmal „die Spinnerin am Kreuze" seit längerer Zeit dem gänzlichen Verfalle nahe, wurde vom Grunde aus restaurirt, und nach einem 400jährigen Bestande der Nachwelt durch diese Restaurirung erhalten.

Ebenso ist der Ausbau eines der unvollendeten Giebel an dem St. Stephansdome beschlossen worden und es werden wegen Aufbringung der Kosten für die Vollendung der übrigen, jene Schritte eingeleitet, durch welche die Realisirung dieses Unternehmens zu hoffen ist.

Endlich ist der Bau des neuen Gemeinderaths-Saales am Rathhause, so wie die Restaurirung der schönen Verzierungen des Stiegenhauses und der Corridors auf der Hauptstiege in dem abgewichenen Jahre vollendet und hiedurch dem ersten Amtsgebäude der Kommune eine für öffentliche Feierlichkeiten entsprechende würdige Räumlichkeit verschafft worden.

In Betreff der Wasserleitungen ist die schon im Jahre 1850 angestrebte Centralisirung sämmtlicher Wasserleitungen zur Realisirung gelangt, und demzufolge auch die Albertinische-Mariahilfer- und Herrnalser-Regierungs-Wasserleitung der Kommune Wien zur Administration übergeben worden, wodurch eine genauere Uebersicht und eine bessere Benützung sämmt-

licher Leitungen zusammengenommen, erzielt werden kann. Zu diesem Zwecke wird in der nächsten Zeit auch eine Reform in der Ferdinands-Wasserleitung zur Ausführung gebracht werden, da die Leistung derselben dem in der letzten Zeit unverhältnißmäßig gesteigerten Bedürfnisse nicht mehr entspricht. Es ist aus dieser Ursache — wie Sie sich erinnern — im verflossenen Jahre ein Ingenieur des Stadtbauamtes bestimmt worden, über ähnliche Anstalten im Auslande sich Erfahrungen durch Autopsie zu sammeln. Die von demselben nicht bloß über Wasserleitungen, sondern über alle wichtigeren Kommunal-Anstalten gemachten Studien liegen bereits vor, und werden nacheinander zur Prüfung und bei erprobter Zweckmäßigkeit zur Anwendung gelangen. Bei der Wasserleitung insbesondere wird zur Erzielung eines reichhaltigeren Ergebnisses mit der Verlängerung des Saugkanals vor allem Andern angefangen werden.

Die Revision der Bauvorschriften ist eben in Verhandlung, und wird baldigst ihre Erledigung finden.

VII.

Finanzangelegenheiten.

Im November 1850 machte ich dem Gemeinderathe die Mittheilung, daß die Kommune durch die Ereignisse des Jahres 1848 — durch die Steigerung der während dieser Periode an sie gestellten Anforderungen und das Versiegen vieler Einnahmsquellen bemüssiget worden sei, eine Schuld von 200.000 fl. bei der Sparcassa und von 1.818.300 fl. bei der Nationalbank zu kontrahiren, und daß es bis dahin nur gelingen konnte, an den Vorschüssen der Bank 100.000 fl. und an jenen der Sparcasse 50.000 fl. abzutragen.

Heute kann ich Ihnen die erfreuliche Nachricht geben, daß wir der Sparcasse gegenwärtig nichts mehr schulden, und daß das Darlehen der Bank von 1.000.000 fl. im Laufe der zwei verflossenen Jahre bis auf den Betrag von 450.000 fl. getilget worden ist, an den Vorschüssen von 818.300 fl. aber, welche größtentheils zum Ausbau der Schlachthäuser verwendet und gegen

Verpfändung 4perct. Obligationen geleistet worden sind — einstweilen 12.100 fl. abgezahlt wurden. —

Im Laufe dieser zwei Jahre sind auch zum Behufe der Passage-Erweiterung, auf welche die Kommunalverwaltung stets ihr vorzüglichstes Augenmerk gerichtet hat, mehrere Häuser aus dem Kommunal-Vermögen angekauft worden und zwar: auf der Wieden das Haus Nr. 779, in der innern Stadt aber die Häuser Nr. 668, Nr. 1181, 1182 und 1183, dann Nr. 323 und 324. Durch den Ankauf der erstgenannten vier Häuser in der inneren Stadt auf der Dominikaner-Bastei ist die Eröffnung einer breiten Fahrstraße daselbst erreicht, durch die eigenthümliche Erwerbung der letzteren zwei Realitäten aber die Erweiterung einer der wichtigsten Verbindungen in der inneren Stadt, nämlich zwischen dem Hof und der Freiung angebahnt worden. Zum Ankaufe dieser Häuser war als Kaufschilling eine Summe von 344.000 fl. erforderlich, an welcher bereits 212.503 fl. abbezahlt sind, so daß nur mehr ein Betrag von 131.497 fl. zur Deckung im Rückstande haftet.

An den Passiven der Vorstadtgemeinden sind seit der Vermögens-Centralisirung 16.110 fl. getilgt worden. —

Dieß Alles zusammengefaßt, und dann noch die kleineren Schuldbeträge an verschiedene Privaten berücksichtiget, stellt sich der gesammte Schuldenstand der Kommune gegenwärtig auf 1.478.710 fl.

Im Entgegenhalte hierzu bemerke ich, daß der Kommune — wie Ihnen bereits bekannt ist — als Entschädigung für die aufgehobenen Laudemial- und Mortuarbezüge von der Grundentlastungs-Kommission ein Kapital von 2.034.407 fl. und eine vom 1. November 1848 an laufende Rente jährlicher 101.720 fl. zuerkannt wurde, und daß wir im Laufe des Jahres 1851 das Kriminalgebäude an das Aerar für 1.000.000 fl. Obligationen von dem in diesem Jahre emittirten Staatsanlehen verkauft haben. —

Es ist wohl nicht zu verkennen, daß die Steuerkraft der Gemeindeangehörigen gegenwärtig mehr in Anspruch genommen wird, als dieß unter den früheren Verhältnissen der Fall war. Es wird daher

auch stets das Hauptaugenmerk der Kommunalverwaltung dahin gerichtet sein, eine Mäßigung der Gemeindeumlagen so bald es nur einigermaßen thunlich erscheint, eintreten zu lassen.

Wenn übrigens darauf Bedacht genommen wird, daß die Auslagen der Kommune im verflossenen Jahre mit der bedeutenden Ziffer von 4,145,627 fl. und für heuer mit 3,442,087 fl. veranschlagt werden mußten, wenn ferner berücksichtiget wird, daß die Nachwehen einer kaum verflossenen Zeitperiode noch gegenwärtig manche und nicht unbedeutende Opfer fordern, und daß die Kommune nun mit einem Male mehrere größere Brücken- und Schulbauten unternehmen muß, wie sie solche früher nicht im Zeitraume von Dezennien herzustellen hatte, so kann es immerhin zur Beruhigung gereichen, daß die Kommunal-Verwaltung noch immer nicht bemüssiget worden ist, bei den städtischen Zuschlägen zu den landesfürstlichen Steuern bis zu dem in den Jahren 1833 bis 1839 bereits bestandenen Ausmaße von 15 und 18 Kreuzer vom Steuergulden hinauf zu steigen. —

Eine bedeutende Ausgabspost ist auch die Auslage für die öffentliche Beleuchtung, für welche im verflossenen Jahre ein Betrag von 205,800 fl. verausgabt und für das laufende Jahr die Summe von 214,000 präliminirt worden ist.

Rücksichtlich derselben ist mit der Imperial-Continental-Gas-Association ein neuer Pachtkontrakt abgeschlossen und darin festgesetzt worden, daß der ganze Umfang der Stadt Wien binnen sechs Jahren vollständig mit Gas beleuchtet sein muß. Der bedeutende Preisnachlaß für die öffentlichen Gaslichter gegen die früher bestandenen Contraktspreise, so wie der Umstand, daß hiedurch die immerhin nur ungenügende Oelbeleuchtung in kürzester Zeit gänzlich aufhören gemacht wird, sprechen für die Zweckmäßigkeit dieses Kontraktsabschlusses.

Seit Abschluß des neuen Kontraktes, worüber kaum ein Jahr verflossen ist, sind bereits 1174 Gaslaternen neuhergestellt worden.

Die Zweckmäßigkeit des neuen abgeschlossenen Kontraktes dürfte auch in finanzieller Beziehung dadurch sich bethätigen, daß bei der Ausdehnung der Gasbeleuchtung auf den ganzen Stadtbezirk bei dieser Ausgabspost alljährlich ein Ersparniß von ungefähr

15,700 fl. erreicht werden wird, ungeachtet in der Zahl und Dauer der einzelnen Flammen eine bedeutende Vermehrung nothwendig befunden und angeordnet wurde. —

Auch für die Brigittenau, in welcher bisher noch keine Beleuchtung bestand, ist durch die im Dezember v. J. genehmigte Einführung einer vollständigen Beleuchtung ein Schritt zur Verbesserung dieses in dem Gemeindebezirke Leopoldstadt einbezogenen Gebietstheiles gethan worden. —

Zu den in diese Section gehörigen wichtigeren Ergebnissen zähle ich auch noch die zu unseren Gunsten entschiedene Durchführung des bestrittenen Bezuges der Marktstandgelder im ehemaligen Schottenbezirke, ferner die Verhandlung wegen Einlösung des Hauses Nr. 1203 am Schanzel behufs der künftigen Regulirung des dortigen Marktplatzes und endlich die Anträge, welche der Staatsverwaltung zur Regulirung der Bürgerrechts-Verleihungs-, der Gewerbs-, politischen und Zuständigkeitstaxen vorgelegt worden sind. —

In diese Section gehört auch ein unter der administrativen Leitung des Magistrates stehender Verwaltungszweig, der in neuester Zeit an Geschäftsumfang sowohl als an innerer Bedeutung besonders zugenommen hat, nämlich das Steuerwesen.

Die Ursachen seiner Zunahme liegen in der Menge und Verschiedenartigkeit der Abgaben und Gebühren, deren Einhebung durch den Magistrat besorgt wird.

Zu den von der Exekutive der Kommunalverwaltung schon früher eingehobenen — auf dem Erwerbe, dem Grund- und Realitäten-Besitze haftenden Steuern sind im Verlaufe der letzten Jahre zur Einhebung noch zugewachsen: die Einkommensteuer, die Zins- und Steuerkreuzer für Stadt und Vorstädte, der Landeserfordernißbeitrag, die Gewölbwache- dann die Einquartierungs-Gebühren, endlich die Zuschläge zur Handels- und Gewerbekammer.

Zudem mußte der Magistrat die Einhebung der sämmtlich hier genannten Gebühren auch in den früher unter fremder Jurisdiktion befindlichen Bezirken übernehmen.

Während auf Grund der Steuerbücher im Jahre 1849 an direkten Steuern und sonstigen Gebühren zusammen bloß 2.498.710 fl.

einzuheben waren, beläuft sich die vorgeschriebene Erhebungssumme im Jahre 1852 auf 5.125.500 fl., daher auf mehr, als auf das Doppelte.

In diesem Resultate liegt auch der wesentlichste Grund, welcher nicht nur die Regulirung der auf die Steuereinhebung bezüglichen Institute, sondern auch die Organisirung des Steueramtes selbst nothwendig machte.

Bei den dießfalls eingeführten Reformen bemühte man sich zugleich dem kontribuirenden Publikum alle möglichen Erleichterungen bei der Einzahlung ihrer Schuldigkeit zukommen zu lassen, die nur immer mit den bestehenden Steuervorschriften verträglich erschienen.

In dieser Absicht wurde die Zusammenziehung mehrerer Nebensteuern auf einem Zahlungs-Dokumente erwirkt und dadurch den Parteien eine leichtere Uebersicht ihrer zu entrichtenden Steuergebühren verschafft.

Zu demselben Zwecke wurde auch durch Geschäftsvereinfachungen in der Verrechnung und Manipulation, dann durch Sonderung der Liquidatur nach Steuergattungen, durch Vermehrung der Kassen, Vergrößerung des Wartzimmers u. dgl. für die schnellere und bequemere Abfertiguug der zahlenden Parteien gesorgt.

VIII.

Approvisionirung und Markt-Polizei.

In diesem höchst wichtigen Verwaltungszweige wurden während der verflossenen zweijährigen Epoche die städt. Schlachthäuser zu der inzwischen erfolgten Benützung vollständig hergerichtet, der Geschäftsbetrieb daselbst und auf dem Viehmarkte geregelt, die Viehtriebsordnung bestimmt, die Hausordnung in den Schlachthäusern festgesetzt und den Beamten und Dienern die bestimmtesten Instruktionen vorgeschrieben.

Die zwangsweise Benützung der Schlachthäuser für das Stechvieh konnte wegen Unzulänglichkeit der hiezu erforderlichen Räumlichkeit noch nicht ins Leben treten und wird erst nach erfolg-

ter Erbauung des dritten Schlachthauses, bezüglich dessen die Verhandlungen noch im Zuge sind, geschehen können.

Aus Sanitätsrücksichten ist der Kälbermarkt in St. Marx mit einer Eindachung nach seinem ganzen Umfange versehen worden.

Die nach der Kriegsepoche in Ungarn ausgebrochene, und dann auch in anderen Kronländern hervorgetretene Rinderpest hat eine Menge beschränkender Maßregeln im Verkehre des Schlachtviehes hervorgerufen und mit zur Vertheuerung des Viehes beigetragen.

Um die nothwendige Konkurrenz herzustellen und den Viehzüchtlern und Viehhändlern das Ausschrotten des Fleisches zu erleichtern, wurde die dafür bestimmte Schlachtgebühr von 4 fl. pr. Stück auf 1 fl. herabgesetzt, und von der Staatsverwaltung auch den hiesigen Fleischselchern und Freischlächtern die Rindfleischausschrottung selbst auf Ständen gestattet. —

Die auf allen Viktualienmärkten seit dem Jahre 1848 eingeschlichenen Unfüge wurden mit aller Kraftanstrengung abgeschafft, diese Märkte einer zeitgemäßen Reform unterzogen, die Aufstellung der Verkaufsstände nach einer bestimmten Größe und in gefälligerer Form geregelt, und der besonders von Landleuten auf hiesigen Plätzen betriebene Zwischenhandel und Verkauf der unentbehrlichsten Lebensmittel nach Thunlichkeit beschränkt.

Ebenso wurde eine neue Holzmarktordnung erlassen, die Holzlegstätten einer strengen Ueberwachung unterzogen und das Institut der Holzscheiber durch eine besondere Holzscheiberordnung geregelt.

Eine besondere Aufmerksamkeit wurde auf richtiges Maß und Gewicht bei allen Gewerbsklassen gerichtet, die hierauf bezughabenden gesetzlichen Vorschriften republizirt, deren genaue Befolgung strengstens überwacht und das Publikum besonders auf den vortheilhafteren Ankauf des Mehles nach dem Gewichte statt des bisherigen Hohlmaßes aufmerksam gemacht.

Bezüglich der Errichtung einer öffentlichen Körnerbörse sind umfassende Erhebungen gepflogen und ist auf Grundlage derselben beschlossen worden, die bisherige Privatbörse, welche in das Bürgerspitalszinshaus übersiedelte, in die Regie der Kommunal-

verwaltung zu übernehmen. Auch ist von hieraus eine provisorische Börse-Ordnung erlassen worden.

Hiermit schließe ich die gedrängte Uebersicht der wichtigsten Verhandlungen und Angelegenheiten, welche seit November 1850 im Bereiche des städtischen Verwaltungswesens vorgenommen sind.

Ich glaube, daß aus dieser Skizze mit Befriedigung entnommen werden kann, daß einem jeden Zweige der städtischen Verwaltung die gehörige Aufmerksamkeit zugewendet und auch in jedem derselben das geleistet worden ist, was unter den gegenwärtigen Verhältnissen und nach Maßgabe der vorhandenen Kräfte zu leisten möglich war.

80025 75540